

CNI-Personal (des chilenischen Geheimdienstes) eng zusammen; aus der aufgelösten DINA ist ein (höchst gewinnbringender) privater Sicherheitsdienst hervorgegangen, den Privatleute, aber auch staatliche Stellen nutzen. So ist zu erklären, daß etwa von der schwerbewaffneten uniformierten Privatpolizei eines Bergwerks im Raum Concepción auf staatlichem Terrain ausländische Journalisten und deren chilenische Begleiter verhaftet und im Bergwerk von deren Chef in Zivil verhört werden, der seinerseits die Festnahme telefonisch dem Staatssicherheitsdienst CNI mitteilt und „die Verdächtigen“ nach der Abfassung eines Protokolls „freiläßt“.

„Also notwendig, daß Terrorakte begangen werden“

Die Terroristenverfolgung ist in Chile ein heikles Thema, soweit es öffentlich diskutiert wird. Zweifellos existieren gewalttätige Extremistengruppen wie der militante Flügel des MIR, sie sind aber zahlenmäßig sehr gering. Nicht nur Anschläge auf Stromleitungen, sondern auch Morde an Sicherheitskräften gingen in den letzten Jahren auf ihr Konto. Aber in der Bevölkerung herrscht bei jeder Bombenexplosion *Unklarheit über den tatsächlichen Urheber* des terroristischen Anschlags, seitdem uniformierte und zivile Sicherheitsbeamte beim Legen der Bomben überrascht wurden. Die Zeitschrift „Mensaje“ machte in ihrer Januar/Februar-Ausgabe 1985 – also noch unter dem Belagerungszustand – auf den Widerspruch aufmerksam, daß das Regime, und zwar zu Recht, behauptete, es herrsche

Normalität im Lande, aber trotzdem den Belagerungszustand zu rechtfertigen suchte: „Es ist also notwendig, daß Terrorakte begangen werden ... Allerdings weiß aufgrund vieler objektiver Informationen und mangels öffentlicher Diskussion niemand genau zu sagen, wo der Terrorismus herkommt.“

Aber wie jede Diktatur reagiert auch das chilenische Regime auf taktische Widersprüche und solche der Vernunft unsensibel. Das Land mit 150jähriger demokratischer Tradition zeigt unter der zählebigen Diktatur Auflösungserscheinungen und eine ungesunde Distanz zu „gesellschaftlichen Übeln wie Arbeitslosigkeit und Folter“, konstatierten die Bischöfe in dem Dokument „Evangelium, Ethik und Politik“. Der einzige Weg aus der nationalen Krise führt nach Meinung der Bischöfe wie auch großer Teile der politischen Opposition nur über einen die ideologischen Differenzen ausklammernden „nationalen Konsens“.

Als der chilenische Innenminister Jarpa im November 1984 aus Protest gegen das Treffen chilenischer Bischöfe mit Exilanten in Rom zurücktrat, wurde deutlich, wie eng der Handlungsspielraum im Vorfeld einer nationalen Verständigung auch und gerade für die Kirche ist. Ende Juli lud Kardinal Fresno Vertreter der gemäßigten Opposition und der politischen Rechten, also Anhänger des Regimes, zu einer gemeinsamen Konferenz ein; Chile solle „durch konkrete Aktionen“ befriedet werden. Zum gleichen Zeitpunkt wurde *Rodolfo Quintilla*, Pastoralhelfer aus der Erzdiözese Fresnos, von Unbekannten entführt und gefoltert.

Gabriele Burchardt

Ein Volk in Not

Zur Lage in Ost-Timor

Eine der wesentlichen Ursachen für die portugiesische Revolution vom April 1974 war die verfehlte Kolonialpolitik des damaligen Salazar-Regimes. Es hatte – unter Überschätzung seiner Kräfte – die Unabhängigkeitsbestrebungen in den Übersee-Territorien Portugals mit äußerster militärischer Härte bekämpft und dabei das Land an den Rand des wirtschaftlichen Ruins getrieben. Die neuen demokratischen Regierungen bemühten sich nun, die *Kolonialfrage* so rasch wie möglich im Sinne der Betroffenen zu lösen, doch angesichts der wirtschaftlichen und militärischen Erschöpfung Portugals verloren sie bald die Kontrolle über die Entwicklung in den außer-europäischen Besitzungen. Einige Kolonien wurden überstürzt in die Unabhängigkeit entlassen, und in Angola mußte man gar hilflos zusehen, wie ein Bürgerkrieg ausbrach, in dem schließlich – mit sowjetischer und kubanischer Hilfe – die marxistische MPLA siegte.

In *Ost-Timor* stritten hauptsächlich zwei politische Gruppierungen um die zukünftige Vorherrschaft, die „Demo-

kratische Union von Timor“ und die „*Revolutionäre Front für die Unabhängigkeit Ost-Timors*“ (Fretilin). Erstere, von Katholiken der gehobenen sozialen Schichten getragen, plädierte anfänglich für die Autonomie der Region im Rahmen einer Föderation mit Portugal. Die Fretilin, deren politisches Spektrum von sozialdemokratisch orientierten Christen bis hin zu einer kleineren Gruppe national-gesinnter Marxisten reichte, forderte dagegen die bedingungslose Entlassung Ost-Timors in die *Unabhängigkeit*. Sie gewann damit unter der Bevölkerung schnell an Boden, so daß sich die Autonomie-Lösung schließlich als undurchführbar erwies.

In der Folgezeit fehlte es nicht an Versuchen beider Parteien, sich über die Zukunft Ost-Timors zu einigen, doch dies wurde durch die Aktivitäten des marxistischen Flügels der Fretilin erheblich erschwert. Eine Minderheit der DUT war sogar geneigt, den Anschluß an Indonesien zu suchen, um sich nicht an einer Regierung unter Einschluß von Marxisten beteiligen zu müssen, zumal Jakarta ohne-

hin mit einer Invasion Ost-Timors drohte, falls die Fretilin die alleinige Macht übernehmen sollte.

In dieser Lage entschloß sich die Führung der DUT im August 1975 zum *Staatsstreich*. Sie wollte einem indonesischen Einmarsch zuvorkommen und zugleich die Fretilin zwingen, sich von ihren Marxisten zu trennen. Das portugiesische Militär war der Situation nicht gewachsen, und so entbrannte ein kurzer, heftiger Bürgerkrieg, aus dem die *Fretilin* – unterstützt von Teilen der gespaltenen portugiesischen Armee – am 24. September 1975 als Sieger hervorging. Die Führer der DUT flohen nach West-Timor, wo sie mit indonesischer Hilfe den Widerstand organisierten und jetzt offen für den Anschluß Ost-Timors an Indonesien eintraten. Die Fretilin leitete dagegen unverzüglich *Reformen* ein (Landverteilung, Errichtung von Bauern-Kooperativen, Alphabetisierungskampagne) und proklamierte im November 1975 einseitig die Unabhängigkeit des Landes.

Indonesische Invasion

Der Fretilin ging es in erster Linie um die *Stärkung der Eigenständigkeit des Landes* und keineswegs um die Errichtung einer Herrschaft nach kommunistischem Vorbild. Zwar gab es in ihren Reihen Vertreter eines national-marxistischen Kurses, wie ihn Guinea-Bissau verfolgte, doch die Mehrzahl ihrer Mitglieder stand weit eher den portugiesischen Sozialisten nahe. Gleichwohl warf ihr Indonesien *kommunistische subversive Tätigkeit* vor und ließ am 7. Dezember 1975 seine Truppen in Ost-Timor einmarschieren. Offensichtlich befürchtete man in Jakarta, die Etablierung einer „linken“ Regierung in Dili könne den separatistischen Kräften in den indonesischen Nachbarregionen Auftrieb verleihen. Zudem schien die Gelegenheit günstig, das eigene Staatsgebiet abzurunden. Innerhalb weniger Wochen wurden weite Teile des Landes besetzt. Im Juli 1976 verfügte Indonesien schließlich die *Eingliederung Ost-Timors in seinen Staatsverband*.

Die Fretilin, deren Verbände sich ins Landesinnere absetzten, leistete der Invasion erbitterten Widerstand. Die indonesischen Truppen gingen ihrerseits mit beispielloser Brutalität vor. Massenhinrichtungen waren ebenso an der Tagesordnung wie Massaker an der unschuldigen Zivilbevölkerung. Dörfer wurden systematisch zerstört und ihre Bewohner vertrieben. Gegen Ende 1979 siedelte man 300 000 Timoresen gewaltsam in „Wehrdörfer“ um. Die Politik der „verbrannten Erde“ verwüstete nicht nur ganze Landstriche, sie entzog auch großen Teilen der Bevölkerung die Lebensgrundlage. Die Folge waren verheerende Hungersnöte (vor allem 1979). Die Zahl der Opfer des Einmarsches und der nachfolgenden militärischen Operationen läßt sich nur erahnen – Schätzungen schwanken zwischen 50 000 und 250 000 Toten (vgl. Echange France-Asie, Dossier 4/85 – Timor Oriental, S. 11).

Der *Widerstand der Fretilin* ist bis heute nicht gänzlich gebrochen. Sie besitzt zwar nur noch eine rudimentäre Or-

ganisation, doch ihre kleinen, insgesamt 500–1000 Kämpfer zählenden Verbände werden von Teilen der Bevölkerung weiterhin unterstützt. Es dürfte somit kaum gelingen, den Konflikt allein militärisch zu lösen, obwohl die etwa 7000 indonesischen Soldaten in Ost-Timor über modernste Waffen verfügen. Ob sich Jakarta aber zu einer Verhandlungs-Lösung durchringt, wie sie bei den Friedensgesprächen 1981/82 durchaus möglich schien, ist ungewiß.

„Indonesisierung“ als Ziel

Indonesien bemüht sich seit 1978, die Wirtschaft Ost-Timors zu regenerieren und Voraussetzungen für eine allmähliche Normalisierung der Lage zu schaffen. Programme zur Verbesserung der Landwirtschaft, des Verkehrs- und Bildungswesens haben sicherlich geholfen, die ärgste Not teilweise zu lindern. Dennoch sind die Timoresen weiter auf die Unterstützung durch vornehmlich ausländische Hilfsorganisationen angewiesen. Deren Arbeit wird allerdings oft durch die Behörden behindert und mußte deswegen zeitweilig ganz eingestellt werden.

Die staatliche Politik zielt vorrangig auf eine *Indonesisierung* Ost-Timors. Die Wirtschaftsprogramme kommen vor allem nicht-timoresischen Einwanderern zugute, deren Ansiedlung zügig gefördert wird. Die spezifischen sozialen und kulturellen Belange der Timoresen werden dagegen von der Verwaltung, die ohnehin weitgehend in der Hand von Nicht-Einheimischen ist, vernachlässigt. Die großzügige *Unterstützung der muslimischen Mission*, zudem in einer Region, die überwiegend katholisch ist, und in der vor 1975 kaum Muslime lebten, muß als bewußter Affront betrachtet werden.

Timoresen, die sich nicht mit der Überfremdung abfinden wollen, sind vielfachen Repressalien ausgesetzt. Amnesty International dokumentiert dies im Juni 1985 in einem umfangreichen Dossier. Willkürliche Verhaftungen und Deportationen waren in den letzten Jahren ebenso gang und gäbe wie Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung durch Militärs, ja die *Folterung Gefangener* wird in einem militärischen Handbuch ausdrücklich sanktioniert. Die sukzessive Freilassung einiger tausend Deportierter im Laufe dieses Jahres dürfte denn auch kaum als Zeichen verstanden werden, daß Indonesien in Zukunft gewillt ist, die Menschenrechte in Ost-Timor grundlegend zu respektieren – es ist wohl eher eine Beruhigungsgeste gegenüber dem Ausland.

Schlüsselrolle der katholischen Kirche

Waren 1974 etwa 30% der 650 000 Einwohner Ost-Timors Katholiken, sind es inzwischen über 60% der nur noch 570 000 Bewohner der Region, und bei jährlich rund 40 000 Taufen (gegenüber 9500 im Jahre 1974) steigt ihr Bevölkerungsanteil weiter (Angaben nach: Anuario Pontificio 1976 bzw. 1985). Der *Aufschwung* läßt sich schwerlich allein durch eine aktive Missionierung erklären,

zumal viele Gläubige trotz ihrer Konversion keineswegs völlig ihren früheren animistischen Kulturen abgeschworen haben. Offensichtlich suchen viele Timoresen in der Kirche *Schutz vor Unterdrückung und Überfremdung*, wobei sie in ihren Hoffnungen durch den Klerus bestärkt werden, der sich – soweit dies unter den gegebenen Umständen möglich ist – tatkräftig für sie einsetzt.

Die Kirche, der längst eine innenpolitische Schlüsselrolle zugewachsen ist, hat keinen leichten Stand. Setzt sie sich offen für das Recht der Timoresen auf Selbstbestimmung ein, gerät sie leicht in den Verdacht, den bewaffneten Kampf der Fretilin zu unterstützen (tatsächlich haben sich einige Priester nach 1975 den Guerilleros angeschlossen). Akzeptiert sie dagegen den Anschluß Ost-Timors an Indonesien, wird sie ungewollt zum Verbündeten der Militärherrschaft und verliert das Vertrauen vieler Gläubiger.

In der Frage der *Selbstbestimmung* hat sich die Kirche in der Vergangenheit denn auch eher zurückhaltend geäußert. Man wäre gegebenenfalls wohl bereit, dem Anschluß Ost-Timors an Indonesien zuzustimmen, wenn den Timoresen gewisse *Autonomie-Rechte* zugestanden würden. Keineswegs ist man aber gewillt, den Menschenrechtsverletzungen und der Mißachtung der sozialen und kulturellen Belange der Einheimischen tatenlos zuzusehen. Sichtbarer Ausdruck dieser Haltung sind die wiederholten öffentlichen Proteste gegen die Auswüchse der Militärherrschaft durch die Kirchenleitung wie durch Memoranden des Klerus.

Der entschiedenste Fürsprecher der Unterdrückten ist *Martinho da Costa Lopes*, von 1977 bis 1983 Apostolischer Administrator der Diözese Dili. Seit ihm der Apostolische Stuhl im Mai 1983 – wohl auf Druck der indonesischen Regierung – von seinem Amt abberief, kann er allerdings nur vom Ausland her die Unterdrückung des timoresischen Volkes anprangern. So erklärte er noch im Juni 1985 in einem Interview: „Indonesien ist der Aggressor, kein anderes Wort könnte besser beschreiben, was vor sich geht. Was in Ost-Timor wirklich geschieht, kann nicht anders als Völkermord bezeichnet werden ... Die Kirche identifiziert sich mit dem Volk. Wenn das Volk den Anschluß an Indonesien wünschte, würde sich die Kirche dem natürlich anschließen, genauso wie die Kirche jetzt den Unabhängigkeitskampf der Bevölkerung unterstützt“ (zit. nach KNA, 25. 6. 85).

Als der Vatikan *Carlos Filipe Ximenes Belo SDB* zum Nachfolger da Costa Lopes' ernannte, erschien dies zunächst als Zugeständnis an die Regierung in Jakarta. Ximenes Belo, wie sein Vorgänger aus Timor gebürtig, verfolgte anfänglich auch tatsächlich eine moderate Linie, doch längst hat er seine Zurückhaltung aufgegeben. So ging er in einer mit dem Klerus seiner Diözese abgestimmten Stellungnahme vom 1. Januar 1985 scharf mit der indonesischen Regierung ins Gericht. Er verurteilte die von *beiden* Seiten begangenen Kriegsgreuel und forderte darüber hinaus Indonesien unmißverständlich auf, das *Selbstbestimmungsrecht der Timoresen* zu respektieren, da sonst das Volk in seinem ethnischen, kulturellen und religiösen

Wesen in elementarer Weise gefährdet sei: „In Timor erleben wir eine Umwälzung von riesigem und tragischem Ausmaß im soziokulturellen Gewebe des timoresischen Volkes, so daß wir die Identität dieses Volkes tödlich bedroht sehen. ... Das Nicht-Respektieren der religiösen Tradition der Timoresen, auch ihrer animistischen Tradition, und die Gleichstellung des Christentums mit anderen Religionen ist ein Versuch, den Glauben des Volkes zu zerstören. ... Die Anschuldigungen gegen die Priester, die Verhaftung von Religionslehrern und das Verschleppen und Töten von Christen sind ein Versuch, die Religiosität und dadurch die Identität des timoresischen Volkes auszulöschen“ (Wortlaut in: *Weltkirche* 4/1985, S. 104 f.). Entsprechend fordert Ximenes Belo die Regierung auf, Bedingungen für einen „offenen, loyalen und fruchtbaren Dialog zwischen den verschiedenen Seiten“ zu schaffen (ebenda, S. 106).

Zurückhaltung in Jakarta und in Rom

Jakarta hat sich durch solche Appelle bisher nur wenig beeindruckt lassen und auf massive internationale Proteste allenfalls mit beschwichtigenden Gesten reagiert. Es darf ja ohnehin davon ausgehen, daß seine wichtigsten westlichen Verbündeten (ausgenommen Australien) die Timor-Frage nicht allzusehr in den Vordergrund stellen werden. Die *UNO-Vollversammlung* hat sich hiermit letztmals 1982 befaßt, seither begnügt man sich mit den eher vagen Versicherungen Indonesiens, es sei zu einer friedlichen Lösung bereit.

Innerhalb der katholischen Kirche blieb es lange Zeit dem portugiesischen und australischen Klerus vorbehalten, auf die Nöte des Volkes in Ost-Timor hinzuweisen. Der Apostolische Stuhl selbst, der das Verhältnis von Staat und Kirche in Indonesien nicht zu sehr belasten will, befindet sich in einer Zwickmühle. Er schlug erst in den letzten Jahren kritischere Töne an. Es weigert sich Rom bisher aber nachdrücklich, die Diözese Dili der katholischen Kirche Indonesiens anzugliedern und somit die Annexion zu legitimieren.

Der indonesische Episkopat schwieg ebenfalls lange zu den Vorgängen auf der Insel. Erst in einem offiziellen Brief vom 17. November 1983 an den Klerus von Ost-Timor versicherte er diesen seiner Unterstützung im Kampf für die Menschenrechte. Er vermied es jedoch, die unmittelbar Schuldigen direkt zu nennen oder sich gar zur Frage des Anschlusses der Region an Indonesien zu äußern. Diese zurückhaltende Haltung der Kirche ist mehr als verständlich, hat sie doch ihre eigenen Probleme mit dem Staat. Sie wehrt sich derzeit z. B. gegen die Folgen eines neuen Gesetzes, demgemäß „Massenorganisationen“ – u. U. auch Kirchen – die Grundsätze der „*Pancasila*“ in ihre Statuten aufnehmen müssen. Indonesische Bischöfe haben in der Vergangenheit öfters wiederholt, die Kritik an ihrem Schweigen sei ungerecht, immerhin tue man im stillen, was man könne. Nicht zu übersehen ist indessen, daß einzelne führende Laien die Ost-Timor-Politik Indo-

nesiens als gerechtfertigten Kampf gegen den Kommunismus verteidigt haben. So erklärte *Francis Seda*, ein einflußreicher Unternehmer, anläßlich seiner Ernennung zum Mitglied der Päpstlichen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden im August 1984: „Im Ausland sagt man, Indonesien habe die Menschenrechte unter anderem mit der Annexion Ost-Timors verletzt. Annexion durch diesen Pancasila-Staat? Nicht Annexion, sondern Integration. Sie (im Ausland) kennen Indonesien mit seiner Pancasila-Doktrin nicht“ (UCA News, 22. 8. 84).

Ungewisse Aussichten

Innerhalb der *protestantischen Gemeinschaften* ist die Timor-Frage noch umstrittener. Ihr Dachverband, der Kirchenrat von Indonesien, teilt in vielem die Haltung der Regierung, wengleich er die Menschenrechtsverletzungen beklagt. In einem Memorandum vom November 1982 heißt es u. a., die Kirchen „wollen sich verantwortungsvoll engagieren, um der Region den Weg in die Zukunft zu eb-

nen, statt sich angesichts dieses langen Bürgerkriegs und der Bedrohung durch eine ausländische, durch die sogenannte Demokratische Republik Ost-Timor veranlaßte Invasion passiv zu verhalten“ (Echange France-Asie. Zudem gibt es enge Verbindungen zwischen den a. a. O., S. 23). rasch wachsenden protestantischen Gemeinden Ost-Timors, die 1982 15 000 Gläubige zählten, und den Militärs. Es wird nicht ganz ohne Sorge vermerkt, daß in manchen Gemeinden Regierungsbeamte bzw. Sicherheitsoffiziere als Diakone oder Kirchenälteste fungieren.

In Ost-Timor geht es längst nicht mehr darum, eine – vermeintliche oder tatsächliche – kommunistische Subversion zu bekämpfen. Vielmehr steht die soziale und kulturelle Identität eines kleinen Volkes auf dem Spiel. Sie soll den Interessen der indonesischen Staatsmacht geopfert werden. Ob sich die Belange der Timoresen dabei letztlich durchsetzen lassen, erscheint nach zehn Jahren Krieg und Fremdherrschaft leider sehr fraglich – trotz internationaler Appelle und Bemühungen der Kirchen und Menschenrechtsorganisationen. *Peter Drews*

Vertriebenenseelsorge

Eine Stellungnahme von Weihbischof Gerhard Pieschl

Zu unserer Glosse „Deutsch – Polnisch“ im Juli-Heft, S. 300, sandte uns Weihbischof Gerhard Pieschl (Limburg) die folgende Zuschrift:

In der Ausgabe 7/85 der Herder Korrespondenz hat sich „un“ unter der Überschrift „Deutsch – Polnisch“ mit aktuellen Fragen zwischen Deutschland und Polen beschäftigt. Dabei ging es sowohl um die politische Einschätzung der Rede des Bundeskanzlers auf dem Schlesiertreffen in Hannover wie auch um die Frage der Notwendigkeit einer speziellen kirchlichen Seelsorge für Heimatvertriebene.

Als Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für Flüchtlings- und Vertriebenenseelsorge will ich auf die politischen Einschätzungen nicht eingehen. In diesen Fragen kann es – bei gleicher Gewissenhaftigkeit – unter Katholiken unterschiedliche Meinungen geben, welche konkreten politischen Äußerungen und Handlungen hilfreich sind und welche nicht. Über die Ziele, nämlich Friede und Aussöhnung zwischen den Völkern, herrscht doch sowieso keine Meinungsverschiedenheit.

Äußern möchte ich mich aber zur ersten Frage, die dem Schreiber zu dem gesamten Geschehen „eingefallen“ ist:

„Wem ist eigentlich damit geholfen, daß eine Sache, die an sich völlig unrealistisch ist, zugunsten von politisch davon lebenden Funktionären durch Interventionen von allen möglichen Seiten immer wieder hochgeschaukelt wird? Und wird nicht auch kirchlicherseits in puncto Vertriebene tatsächlich manches künstlich hochgehalten einschließlich der Apostolischen Visitatoren?“ Mir fällt bei diesem Text nur die folgende Frage ein: Weiß „un“ eigentlich, wovon er schreibt? Hat er sich über die Vertriebenenseelsorge und über die Situation der Heimatvertriebenen informiert? Kennt er die Arbeit der Apostolischen und Kanonischen Visitatoren und der Vertriebenenseelsorger?

Hätte „un“ einmal mit Vertriebenenseelsorgern gesprochen, er hätte sicher folgendes Bild vermittelt bekommen: Selbst wenn man ein Thema politisch für „erledigt“ hält, bedeutet dies noch lange nicht, daß auch seelsorgliche Aufgaben sich „erledigt“ ha-

ben. Tatsache ist, daß viele katholische Heimatvertriebene sich einerseits in den Gemeinden ihrer neuen Heimat engagieren, andererseits aber auch großes Bedürfnis besteht, das religiöse Bekenntnis in Formen zu vollziehen, die sie von der alten Heimat her gewohnt sind. Ich halte dies nicht für ein „künstliches Hochhalten“.

Die Kirche hat die Aufgabe, ihre Seelsorge auf die Situation der Menschen einzustellen. Dies wird vielen Gruppen gegenüber getan, warum nicht auch den katholischen Heimatvertriebenen gegenüber? Hinzu kommt eine laufende Abstimmung „mit den Füßen“. Vielleicht sollte sich „un“ einmal die Mühe machen, eine der großen Wallfahrten mitzufeiern. Sicher würde er dann erkennen, daß die Vertriebenenseelsorger einschließlich der Apostolischen Visitatoren nichts „künstlich hochhalten“.

Ein weiterer Aspekt kommt hinzu. Das Problem der Vertreibung und Aussiedlung ist noch nicht abgeschlossen. Nach den Zahlen des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes kann derzeit von einer Zahl von ½ Mill. ausreisewilliger Deutscher ausgegangen werden. Allein 1984 kamen 33 083 Aussiedler in die Bundesrepublik. Nach Schätzungen des Beauftragten der Bundesregierung im Grenzdurchgangslager Friedland werden bis zum Jahre 2000 Aussiedler zu uns kommen. Sollte die Vertriebenenseelsorge sich dieser Aussiedler nicht mehr annehmen?

Die Fakten sprechen gegen „un“. Vielleicht aber ist „un“ – mit Hegel – der Meinung, das sei um so schlimmer, dann aber sollte er sich so „realistisch“ gebärden und zugeben, daß seine Meinung von Sachkenntnis völlig unabhängig ist.

Anmerkung der Redaktion: Die Glosse, auch der von Weihbischof Pieschl zitierte Textteil bezog sich in erster Linie und ganz überwiegend auf politische Aspekte im deutsch-polnischen Verhältnis, soweit dieses durch Heimatvertriebene berührt wird. Den Hinweis, daß auch kirchlich manches künstlich hochgehalten wird, halten wir trotz Würdigung aller seelsorglichen Umstände als unsere Meinung aufrecht.